

2015

BESCHLUSSBUCH

www.jusos.de

**BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2015**

Bremen, 27.-29.11.2015

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:

KoKoS

Das KonferenzKoordinationsSystem
KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	5
-----	----------------	--	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	18
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer	22

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	23
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat	28

F Frieden & Internationales

F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine- Krise	29
F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	34
F 10	Thüringen	Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten	48

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	50
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	53

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	55
I 11	Mecklenburg- Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	56

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	59
-----	--------------	--	----

L Links Leben			
L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	62
M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik			
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	76
N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales			
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	101
P Pflege, Gesundheit & Soziales			
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	102
R Rente, Generationen & Familie			
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	103
U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit			
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	106
V Verkehr & Infrastruktur			
V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	107
W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik			
W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	118
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	132
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	140
INI Initiativanträge			
INI 2	Hannover	Nationalismus ist keine Alternative!	142
INI 3	Baden-Württemberg	Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und Migranten	144

Titel Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

Antragsteller Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

1 1. Die globalisierte Welt des Freihandels

2

3 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der Globalisierung, eine Welt der internationalen
4 Verflechtung und, in Ansätzen, der transnationalen Vergesellschaftung. Dass dabei
5 Globalisierungsprozesse keine bloßen technisch-determinierten – und damit unpolitischen –
6 Fortschreitungen der Geschichte sind, bleibt Ausgangspunkt jedweder Analyse von
7 Globalisierung und kapitalistischer Weltwirtschaft. Alles andere wäre die Verschleierung der
8 Ideologie des transnationalen Kapitals und die Selbstgeißelung unter das Primat einer solchen
9 Ideologie. Im neoliberalen Globalisierungsprogramm und -diskurs nimmt indes das Konzept des
10 „Freihandels“ eine hegemoniale Stellung ein. Freihandel wird hierbei zu einer Doktrin, die
11 Globalisierungsprozesse fokussiert und somit zum Gestaltungsinstrument internationaler
12 Beziehungen wird.

13

14 1.1 Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts

15

16 Der Freihandel als Doktrin – verstanden als Lehre mit allgemeiner Gültigkeit – hat sich fest
17 eingeschrieben in den kapitalistischen Staaten der „westlichen Welt“. Die lange Geschichte des
18 Freihandelskonzepts und das Protegieren dieses durch die Regierungstätigkeiten entwickelt-
19 kapitalistischer Staaten führten in der Folge zu einer scheinbaren alternativlosen Losung für ein
20 größeres Handelsvolumen, für mehr Beschäftigung, höhere Unternehmensgewinne und somit
21 auch für eine Wohlstandssteigerung für alle durch die Ausweitung freien Handels. Dies ist der
22 allgemeine Lehrsatz von Freihandel, der auf Adam Smith zurückgeht und durch die Theorie des
23 komparativen Kostenvorteils von Ricardo erweitert wurde. Zielte die Freihandelsdoktrin in ihren
24 Anfängen insbesondere auf die Abschaffung der tarifären Handelsbeschränkungen, wandelt sie
25 sich in heutigen Zeiten zu einer Waffe im Kampf gegen Regulierungen der Wirtschaft durch
26 demokratische Politik. Sie beabsichtigt insofern den weiteren Steuerungsverlust des Staates
27 gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen, die in der Folge wiederum die Evidenz des Bildes
28 stützen, wonach Globalisierung ein technisch-fortschreitender Prozess sei, der losgelöst von
29 politischen Entscheidungen ist. Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts kämpft nicht mehr
30 gegen Zölle, sondern gegen demokratisch verfasste Steuerung durch die politische Form der
31 Gesellschaft – den Staat: Der Vorrang des Marktes, als besten und effizientesten Regulatoren,
32 trägt dabei die Überzeugung der FreihandelsbefürworterInnen.

33

34 Durch die Einbindung relevanter AkteurInnen außerhalb der transnationalen Kapitalfraktion über
35 die Zusicherung von mehr Wohlstand für alle, konnte die Freihandelsdoktrin eine hegemoniale
36 Stellung einnehmen. Zwar zeigt sich in den aktuellen Debatten über die Freihandelspolitik der
37 EU, dass die Hegemonie des Freihandelskonzepts zu bröckeln beginnt – so äußern u. a. die
38 Gewerkschaften zunehmend Kritik am Freihandelskurs –, ein solcher Wandel in der Mehrheit
39 innerhalb der politischen Institutionen bisher allerdings noch nicht vollzogen ist. Bei genauerer
40 Betrachtung mutet es zudem irritierend an, dass die Versprechung der Wohlfahrtssteigerung
41 durch Freihandel ein logischer Schluss sei. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Freihandel
42 immer dann zu einem Ziel erhoben wurde, wenn es um die Öffnung neuer Räume für die
43 Kapitalakkumulation ging. Die „heimischen Märkte“ hingegen betraf dies nur randständig oder

44 im positiven Sinne. Die westlichen Industrieländer bildeten in einem Zeitalter des
45 Protektionismus im Inneren ihre wirtschaftliche Stärke aus, nicht unter den Bedingungen des
46 Freihandels. Freihandel wurde somit zu einem Zeitpunkt zu einem Konzept der Marktöffnung,
47 an dem die inländische Industrie die Konkurrenz des Weltmarktes nicht mehr scheuen brauchte.
48 Eine solche Liberalisierungsagenda trug dazu bei, dass asymmetrische Handelsströme und -
49 beziehungen entstanden, die sich bis heute fortsetzen.

50

51 Das Aufkotzen von Freihandel oblag dabei – nach dem Ende des Systemwettbewerbs –
52 der ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation. Ihr wurde die Neuordnung der
53 Handelsbeziehungen – unter dem Primat des Freihandels – in das Stammbuch geschrieben.
54 Die WTO hatte die Aufgabe, die so genannten Länder des „Staatssozialismus“ in den 90er
55 Jahren in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und nebenbei auch die
56 Abhängigkeitsbeziehungen mit den zu entwickelnden Staaten der südlichen Welthälfte zu
57 reproduzieren. Gelang es der WTO am Anfang recht gut, die neoliberale Ideologie in Form der
58 Freihandelsdoktrin und ihrer Gehilfen des Regulationsrückbaus und der Schwächung
59 demokratischer Politik umzusetzen, ist die Strategie der Durchsetzung solcher Interessenslagen
60 über eine internationale Agentur mittlerweile als gescheitert erklärt. Die immer noch anhaltende
61 „Doha-Runde“, also die geplante nächste Stufe von Handelsliberalisierungen im Rahmen der
62 WTO, die 2001 begonnen hat und eigentlich 2005 abgeschlossen sein sollte, verdeutlicht, dass
63 der multilaterale Ansatz zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin vorerst gescheitert ist. Der
64 Widerstand, der sich gegen die WTO-Mechanismen artikuliert, erforderte eine neue Taktik der
65 Freihandels-IdeologInnen, mit denen wir uns heute in Form von bi- und plurilateralen
66 Verhandlungen über Freihandelsabkommen konfrontiert sehen. Hierbei spielt insbesondere die
67 Europäische Union eine herausragende Rolle.

68

69 **1.2 Die Europäische Union in der globalisierten Handelswelt**

70

71 Die Europäische Union ist in der globalisierten Welt selber zu einem Global Player geworden,
72 zu einer Anwältin und einem Zentrum der Freihandelsdoktrin. Dabei verortet sich die
73 Europäische Union, die mit dem Lissabon-Vertrag die alleinige Zuständigkeit für die
74 Gemeinsame Handelspolitik inne hat, in einer neoliberalen Ideologie, deren Handschrift u. a. die
75 Leitbilder von „Global Europe“ und „Europe 2020“ prägen. Demnach solle die Europäische
76 Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt werden, wie es in der Wachstumsstrategie
77 Europe 2020, der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, heißt. Hierdurch werden
78 innereuropäische Reform- und Restrukturierungsprozesse fokussiert, die mit tradierten
79 Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten brechen. Die im Inneren wirkenden
80 strategischen Neuausrichtungen werden nach außen durch flankierende Handelsstrategien
81 begleitet. Mit der Global Europe-Agenda von 2006 verabschiedete sich die EU dabei vom
82 multilateralen Liberalisierungsparadigma und fokussierte eine aktivistische Handelspolitik in
83 Form von bi- und plurilateralen Handelsabkommen. Der so vollzogene „Realismus“-Schwenk
84 umfasste dabei auch grundlegende Zielrichtungen bspw. im Bereich der
85 Entwicklungszusammenarbeit. So richtete sich der neue handelspolitische Ansatz der EU
86 insbesondere auch auf die Länder der kapitalistischen Peripherie. Eine Reihe von EPAs
87 (Economic Partnership Agreements) wurden mit AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) verhandelt
88 und abgeschlossen – unter massiven Druck der Europäischen Union. Die
89 entwicklungspolitische Ausrichtung der EU wird in Form der EPAs dem handelspolitischen
90 Interessen untergeordnet. Ungerechte Asymmetrien in den Handelsbeziehungen werden durch
91 die EPAs somit nicht beseitigt, sondern reproduziert und verfestigt. Dabei sind die AKP-
92 Abkommen, in Teilen, inhaltliches Vorbild für die Freihandelsverhandlungen, die sich derzeit
93 zwischen den entwickeltsten Ländern abspielen, wenn wir u. a. an Investitionsschutzregeln
94 denken. Dabei ziehen EPAs, TTIP & CETA durchaus an einem Strang: Die Festschreibung der
95 Dominanz des transnationalen Kapitals in den nördlichen Industriezentren gegenüber der
96 Peripherie auf der einen, wie die Restrukturierung politischer Regulationsoptionen im Inneren
97 und im internationalen Maßstab auf der anderen Seite. Im Namen des Freihandels findet
98 entsprechend eine neoliberale Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse
99 innerhalb der Europäischen Union statt, denen massive Kritik entgegengehalten werden muss.

100

101 **2. Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel**

102

103 Für uns JungsozialistInnen ist nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften
104 der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den

105 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus.
106 Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind
107 davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen
108 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns
109 gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und
110 Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

111

112 **2.1 Für eine solidarische Handelspolitik**

113

114 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die
115 Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen
116 Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis
117 zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute
118 immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa,
119 Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.

120

121 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen
122 wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-
123 wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der
124 Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind
125 Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension
126 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des
127 globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. die
128 von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den
129 Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von
130 den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable
131 Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die
132 Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden.

133

134 Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit
135 verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen,
136 stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche
137 Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind
138 beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen.
139 Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz
140 von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der
141 Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale
142 Belange von ArbeitnehmerInnen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von
143 ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese
144 Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und
145 ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

146

147 In Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und ökologischen Fragen muss zudem das Thema
148 „Fairtrade“ kritisch hinterfragt werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte bspw. 2013 32
149 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen
150 beziehungsweise als "intransparent" bewertet. Fairhandel ist deshalb nicht gleichzusetzen mit
151 dem Konzept und dem Label „Fairtrade“. Bei unserem ganzheitlichen Fairhandelskonzept geht
152 es um mehr, als um eine bloße Etikettierung von Waren und dem Erkaufen eines „reinen
153 Gewissens“ durch „Fairtrade“-Produkten („Fair-Washing“).

154

155 Diese solidarische Handelspolitik soll endlich zu einer Arbeit auf Augenhöhe zwischen den
156 Ländern und zu einer wahren win-win-Situation für alle PartnerInnen führen.

157

158 **2.2 Für eine gerechte Handelspolitik**

159

160 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern
161 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der HandelspartnerInnen. Eine gerechte
162 Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der
163 Reproduktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden
164 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards
165 festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren

166 Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen
167 mitzudenken. Dafür müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen
168 Gesamtkonzeptes darstellen:

169

170 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

171

172 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
173 ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
174 die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an
175 dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen sowohl
176 in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.

177

178 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
179 Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten
180 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher
181 Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von
182 ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in
183 Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen
184 Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen
185 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu
186 implementieren, um internationale ArbeitnehmerInnenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es
187 zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen
188 innerhalb eines Landes schadet und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige
189 Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen
190 einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel
191 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb
192 dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.

193 Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr,
194 Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt
195 werden. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden
196 öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an,
197 diese Güter per globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n AnbieterIn zu
198 vergeben. Gerechter Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche
199 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung
200 positiver Standards sein.

201

202 b) Feministische Handelspolitik

203

204 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der
205 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre
206 Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller
207 Entscheidungen machen.

208

209 Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen
210 Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen im besonderen
211 Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten
212 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind
213 Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser
214 Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der
215 handelspolitischen Ziele werden.

216

217 Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik.
218 Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft
219 neue Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und
220 Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
221 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der
222 Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen.

223

224 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

225

226 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und

227 Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen
228 von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro
229 ökologische Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und
230 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch
231 heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt
232 sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell
233 entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
234 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen.

235

236 Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt
237 berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
238 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen
239 Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und
240 konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen
241 Auswirkungen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur
242 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden
243 kann.

244

245 d) Friedensorientierte Handelspolitik

246

247 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden, dient
248 sozialistische Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Wir wollen
249 stattdessen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von
250 Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als
251 explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist.

252

253 **2.3 Für eine demokratische Handelspolitik**

254

255 Ausgangspunkt für eine demokratische Handelspolitik ist eine demokratische
256 Handelsarchitektur. Der Ansatz des Multilateralismus muss dabei im Zentrum einer solchen
257 Architektur stehen, denn nur wenn möglichst viele an der Gestaltung von Handelspolitik beteiligt
258 sind, kann den Grundsätzen der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie ausreichend
259 Rechnung getragen werden. Zur Koordination und Demokratisierung der Handelspolitik bedarf
260 es einer internationalen Agentur für Handelsfragen, die anders als die WTO von den bisherigen
261 Prämissen der fortschreitenden Liberalisierungs- und Freihandelsagenda befreit werden muss.
262 Eine solche Handelsagentur sollte den Vereinten Nationen angegliedert sein, um dem
263 demokratischen Anspruch in Ansätzen gerecht zu werden. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg
264 sollte im Rahmen der UN eine eigenständige Organisation zur Regelung des globalen Handels
265 geschaffen werden. Die fertig entworfene International Trade Organisation ITO hätte klassische
266 UN-Ziele wie Entwicklung und Menschenrechte verfolgen und sogar Rohstoffpreise festlegen
267 dürfen. Gründe genug für ein Veto der USA: aus der ITO wurde nichts. Erst 1964 entstand auf
268 Drängen der armen Länder ein Teilersatz: Die UNCTAD (United Nations Conference on Trade
269 and Development) wurde als ständiges Organ der Generalversammlung der UN eingerichtet,
270 um den Süden besser gegen den übermächtigen Norden auf dem globalen Politikparkett zu
271 positionieren. Aber der Norden schloß nicht: Getrieben von Konzerninteressen setzten vor allem
272 die USA und die EU die Gründung einer Handelsorganisation außerhalb der UN durch, die sich
273 ausschließlich dem Ziel des Freihandels widmet, die WTO. Die UNCTAD gilt als Forum des
274 Südens, die WTO als Rammbock des Nordens, Erstere verfolgt einen umfassenden
275 Entwicklungsansatz, Letztere schwört auf Freihandel pur. Die UNCTAD muss die WTO ablösen,
276 zu einer vollwertigen UN-Organisation aufsteigen und gegenüber Weltbank, Währungsfonds
277 und den nationalen Regierungen aufgewertet werden. Eine gestärkte und erneuerte UNCTAD
278 könnte so Menschheitsziele wie Armutsbinderung, nachhaltige Entwicklung, Verwirklichung der
279 Menschenrechte und kulturelle Vielfalt in einem integrierten Ansatz verfolgen und globalen
280 Handel und Investitionen nur als Instrumente zur Erreichung dieser übergeordneten Ziele
281 nützen – anstatt sie zum Selbstzweck zu überhöhen wie die WTO. Wir sind uns bewusst, dass
282 Demokratie auf internationaler Ebene derzeit fast ausschließlich in Form intergouvernementaler
283 Zusammenarbeit gestaltet ist, auch in der UN. Langfristig sind die Vereinten Nationen und die
284 ihr angeschlossenen Agenturen, Institutionen und Foren allerdings einer weiteren
285 Demokratisierung zu unterziehen. Hierunter verstehen wir, dass nicht nur
286 RegierungsvertreterInnen in den Aushandlungsprozessen eingebunden sind, sondern auch die
287 ParlamentarierInnen aus den Mitgliedsländern einen größeren Einfluss auf die Arenen und die

288 Verhandlungsprozesse internationaler Politikgestaltung nehmen müssen.

289

290 Wie bereits angedeutet, muss eine neue Handelsagentur von dem neoliberalen Ballast befreit
291 werden, der die WTO durchdringt. In der derzeitigen Handelsarchitektur sind keine Alternativen
292 zur Freihandelsdoktrin und dem Liberalisierungsparadigma denkbar, da diese fest
293 eingeschrieben sind in die Statuen der Welthandelsorganisation und ihren politischen Leitlinien
294 und Mechanismen. Wollen wir ein demokratisches Handelsregime aufbauen, braucht es hierfür
295 ein Forum, bei dem keine inhaltlichen Vorfestlegungen die Diskussion über Handelspolitik
296 determinieren. Hierbei ist uns wichtig, dass Fairhandel, anders als Freihandel, auch heißt, dass
297 das Primat der Wirtschaft gebrochen wird und die internationalen Handelsbeziehungen wieder
298 stärker unter politischen Prämissen diskutiert werden. Handel hat dabei eine höchst politische
299 Funktion, trägt er doch dazu bei, dass Abhängigkeiten und kapitalistische Akkumulationsregime
300 reproduziert werden. Wie bereits in den vorangestellten Abschnitten aufgezeigt, sind dem
301 Handel immer auch Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit impliziert, die es zu diskutieren gilt
302 und auf die politische Antworten gegeben werden müssen. Dies möchten wir an zwei Beispielen
303 deutlich machen: Zum einen ist die Integration von zu entwickelnden Staaten des globalen
304 Südens in die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit nicht über ein reines
305 Liberalisierungsprogramm möglich, will man entwicklungspolitische Ziele nicht vollkommen
306 außer Acht lassen. In den einleitenden Analysen haben wir hierauf bereits hingewiesen. Die
307 Europäische Union fokussiert einen solchen kombinierten entwicklungs- und handelspolitischen
308 Ansatz, der sich allerdings an reinen wirtschaftlichen Interessenlagen orientiert und damit die
309 entwicklungspolitischen den handelspolitischen Zielen unterordnet. Dies gilt es zu ändern. Ein
310 anderes Beispiel sind Streitbeilegungs- bzw. Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit
311 Investitionsschutzregeln. Sie werden dazu genutzt, um den Vorrang von Kapitalinteressen vor
312 das Gemeinwohl zu manifestieren und höhlen somit Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit
313 auf innerstaatlicher Ebene aus. In einer demokratischen Handelsarchitektur braucht es zwar
314 eine an rechtsstaatlichen Standards strukturierte Instanz, die demokratisch legitimiert ist und in
315 der über Streitigkeiten in Handelsfragen entschieden werden kann, deren
316 Entscheidungskriterien allerdings nicht einseitig privilegieren dürfen. Für die
317 FreihandelsideologInnen stellt die Schaffung von weitreichenden
318 Investitionsschutzvereinbarungen eine exklusive Möglichkeit dar, das unternehmerische Risiko
319 so weit wie möglich zu minimieren und somit Renditeansprüche zu verbriefen. Mit einer solchen
320 Strategie wird sogar mit Prinzipien der Marktwirtschaft gebrochen. Der kapitalistische
321 Akkumulationsprozess wird so auf eine neue Stufe erhoben. Staaten werden dazu verpflichtet,
322 Interessenlagen des transnationalen Kapitals in ihren politischen Entscheidungen zu
323 berücksichtigen, um nicht verklagt zu werden. Mit Engels gesprochen, nimmt so der
324 kapitalistische Staat noch stärker die Form eines ideellen Gesamtkapitalisten ein, mit der Folge,
325 dass hierdurch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter in Richtung der
326 KapitaleignerInnen verschoben werden.

327

328 Demokratische Handelspolitik bedeutet zudem eine Abkehr vom Ansatz der negativen und
329 flachen Methode der Integration in den Weltmarkt. Wir halten einen solchen neoliberalen Ansatz
330 für höchst undemokratisch. Ein Handelsregime, welches sich einer demokratischen Steuerung
331 unterzieht, bedarf explizit auch regulatorischer und damit positiver Integrationsansätze. Dies ist
332 die Konsequenz aus der Forderung nach der stärkeren Thematisierung der politischen Aspekte
333 internationalen Handels. Stellt man die Vorstellung in den Mittelpunkt, dass
334 Handelsbeziehungen zu einer zunehmenden transnationalen Vergesellschaftung führen – also
335 zu einem Zusammenwachsen der verschiedenen Regionen der Erde unter dem Leitbild der
336 Weltgemeinschaft – befeuert der reine Marktansatz, also die Ideologie des Überlebens des
337 Stärkeren, das genaue Gegenteil. Einem ungezügelter Weltmarkt ist in diesem Sinne unser
338 Leitbild einer politisch und demokratisch gestalteten Globalisierung entgegen zu halten, unter
339 der wir auch unsere Vorstellungen des Fairhandels fassen.

340

341 **3. Europa als Vorbild – eine neue Handelspolitik für die Europäische Union**

342

343 Wir wollen mit dem wirtschaftlichen Primat in der Handelspolitik brechen. Für uns gestaltet sich
344 eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie.
345 Fairhandel heißt für uns deshalb, dass ein internationales Handelsregime nur dann legitim sein
346 kann, wenn es sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert. Der
347 bisherige handelspolitische Diskurs ist durch eine rein technisch-undemokratische
348 Fortschreitungslogik strukturiert. Mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen, dass

349 dies mitnichten angebracht ist. Es braucht die Rückführung politischer Fragestellungen in die
350 Arenen der internationalen Politikgestaltung, will man mit der neoliberalen Logik brechen. Hier
351 kann die Europäische Union vorangehen und zu einem Vorbild werden. Wir wollen, dass sich
352 die Handelspolitik der EU an Prämissen des Fairhandels orientiert und sich somit aus den
353 Fängen des neoliberalen Globalisierungsprogrammes löst. Hierzu fordern wir,

354

355 · dass unsere Idee von Fairhandel mit seinen starken außen- und entwicklungspolitischen
356 Komponenten Auswirkungen auf die Struktur und Inhalte bestehender Handelsabkommen der
357 Europäischen Union haben muss. So müssen bestehende Handelsabkommen überdacht
358 werden und in eine neue internationale handelspolitische Struktur überführt werden. Bei
359 jeglicher entwicklungspolitischer Initiative soll nicht die Generaldirektion TRADE die
360 Verhandlungen der EU-Kommission führen, sondern die Generaldirektion für Entwicklungspolitik
361 (DEVCO). Hierbei haben die SDGs Vorrang vor reinen wirtschaftspolitischen Erwägungen.
362 Hierdurch soll das asymmetrische Handelsregime eingedämmt werden. Die bisherigen EPAs
363 werden den Grundsätzen von Fairhandel nicht gerecht. Gerade im Bereich der europäischen
364 Agrarpolitik hätte die Europäische Union die Möglichkeit, entwicklungs- und handelspolitisch
365 neue Weichen zu stellen. Beispielsweise könnte durch Ausfuhrbeschränkungen von hoch-
366 subventionierten Agrarprodukten oder im besten Falle die Streichung solcher Subventionen ein
367 Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des Agrarsektors im globalen Süden geleistet werden.
368

369 · dass die Europäische Union sich für eine wertgebundene Handelspolitik auf
370 internationaler Ebene einsetzt. Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, gender- und
371 umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Die EU muss
372 hierzu die Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte nach Außen sowie nach Innen konsequent
373 vertreten. Konkret sollten diese Rechte als Voraussetzung für das Aufnehmen von
374 Handelsbeziehungen verstanden werden. Alternativ können auch im ersten Schritt zunächst
375 Anreizmodelle für kooperative HandelspartnerInnen entwickelt werden. Handelsvereinbarungen
376 sollten gemeinsam evaluiert und auf soziale und ökologische Auswirkungen überprüft werden.
377 Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen eingefordert und die Privatisierung öffentlicher
378 Infrastruktur prinzipiell ausgeschlossen werden. An dieser Stelle ist eine enge Zusammenarbeit
379 und Beratung mit unterschiedlichen SozialpartnerInnen und Organisationen sinnvoll. Darüber
380 hinaus müssen die Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Aspekte eine nachdrücklichere
381 Berücksichtigung finden. Durch die Einrichtung von verantwortlichen Foren soll Gender-
382 Mainstreaming konsequent verfolgt werden. Weiterhin müssen bindende Umwelt- und
383 Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt und international verbreitet werden.
384

384

385 · dass die Europäische Union ihre Grundsatzdokumente zur Wirtschafts- und
386 Handelspolitik überarbeitet. Die Konzeptualisierung europäischer Handelspolitik im Rahmen der
387 Europe 2020- und der Globale Europe-Strategie widersprechen den Grundüberlegungen eines
388 solidarischen, gerechten und demokratischen Fairhandels. Die neoliberale Durchdringung der
389 geltenden europäischen Strategien führt in der Folge dazu, dass die Europäische Union zu
390 einer maßgeblichen Akteurin und Anwältin der Freihandelsdoktrin und des
391 Liberalisierungsparadigmas wurde. Auch die Fokussierung auf bi- und plurilaterale
392 Handelsabkommen führt zur weiteren Verschärfung von globaler Ungleichheit. Die Europäische
393 Union muss ihre Handelspolitik unter den Prämissen eines demokratischen Handelsregimes
394 neu definieren und zu einer Anwältin eines anderen Ansatzes in der internationalen
395 Handelspolitik werden. Die Europäische Union kann einen solchen Ansatz glaubwürdig
396 vertreten, da ihre eigene Geschichte nicht nur durch negative Integration geprägt ist, sondern
397 sich im europäischen Integrationsprozess eine Reihe von Regulationsinstanzen ausbilden
398 konnten, die einen Vorbildcharakter auch für Vergesellschaftungen im globalen Maßstab haben
399 können, auch wenn durch die strategischen Ansätze der letzten Jahre/Jahrzehnte die
400 innereuropäische Integrationsweise eine neoliberale Restrukturierung erfahren hat. Ein
401 Umdenken in den Außenhandelsbeziehungen muss entsprechend folgerichtig auch mit einem
402 Umdenken in den Innenbeziehungen innerhalb der EU und dem innereuropäischen
403 Regulationsansatz einhergehen. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union ist in
404 einem solchen Sinne für eine progressive Handelspolitik fruchtbar zu machen. Es wäre daher
405 ebenso folgerichtig, dass die Europäische Union den multilateralen Politikansatzes wieder
406 präferiert. Die Verhandlungen im Rahmen von TTIP und CETA sollen – insbesondere unter den
407 gegebenen Verhandlungsmandaten - nicht weiter verfolgt werden.
408

408

409 Die Europäische Union hat die Möglichkeit, einen anderen handelspolitischen Ansatz in den

410 internationalen politischen Diskurs einzubringen und eine Alternative zur neoliberalen
411 Freihandelsdoktrin zu etablieren. Für ein solches Umdenken kämpfen wir als
412 JungsozialistInnen, zumal trotz der multiplen Krisenerscheinungen des globalen Kapitalismus
413 die neoliberale Restrukturierungsmaschinerie unaufhörlich weiter voranschreitet – zwar mit
414 weniger Rückhalt, dafür aber umso bestimmter. Die Euro-Krise hat dies noch einmal
415 eindrucksvoll unterstrichen. Gerade im Bereich der Handelspolitik führte diese zu einem noch
416 aggressiveren Schwenk auf eine aktionistische Freihandelspolitik im Zeichen des
417 Neoliberalismus. Wir müssen diese diskursive Formation durchbrechen, indem wir für
418 Alternativen kämpfen.

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

465

466

467